

## Strategiekonferenz am 10. Januar 2018

### Protokoll AG 8 - Wohnraumversorgung, Hilfe- und Unterbringungssystem

#### 1. Vorstellungsrunde (s. Teilnehmerliste)

#### 2. Wohnraumversorgung

##### 2.1 Ziele formulieren (Soll)

###### Leitfrage: Wie sieht unser gemeinsames Bild vom Zielzustand aus?

- In der Berliner Verfassung ist ein Recht auf Wohnen festgeschrieben. Das muss umgesetzt werden.  
Zugang muss gegeben sein – einheitlich und nicht bezirksbezogen.  
Geschütztes Marktsegment muss ausgeweitet werden.
- Transparenz muss hergestellt werden.  
Definition von bezahlbarem Wohnraum

Einbeziehen privater Anbieter

➔ **Steuerungsinstrumente für Wohnraum (auf Private ausweiten)**

➔ **Ausweitung geschütztes Marktsegment**

##### 2.2. Ist / Problemaufriss

###### Leitfragen: Wie stellt sich die Ist-Situation dar? Welche Probleme gibt es?

###### Vor welchen Herausforderungen steht die Berliner Wohnungslosenhilfe?

- *6 städtische Wohnungsbaugesellschaften:*
- derzeit 300.000 Wohnungen in Berlin, das entspricht 20% der Gesamtwohnungen
- bis 2026 Verpflichtung auf 400.000 Wohnungen aufzustocken
- Mietpreisbindung im Bestand
- 50 % der neuen Wohnungen gehen an Bedarfsempfänger mit WBS (6,50 €/qm)
- bei Wiedervermietung 60 % an WBS-Berechtigte, davon 25 % Obdachlose und Flüchtlinge
- 3.637 Wohnungen sind bis September 2017 an WBS-Berechtigte vermietet worden
- *geschütztes Marktsegment:*
- 2.500 Wohnungen – Kooperation zwischen den Bezirken und dem LAGeSo, um zusätzliche Wohnungen zu akquirieren
- vierteljährlicher Bericht an den HA mit Bedarfsprognose: wie viele Personen/ Wohnungslose müssen untergebracht werden?

- MUF sind nicht nur für Geflüchtete, aber derzeit ist der Zugang so geregelt
- neue MUFs sind in Wohnstrukturen geplant, sodass sie potentiell auch für andere Zielgruppen genutzt werden können

### 2.3. Maßnahmen

#### Leitfragen: Wie kann ein Weg dahin aussehen?

- 30 weitere MUFs in Apartment-Struktur  
gemeinsame Unterbringung Obdachloser, Geflüchteter unter bestimmten Voraussetzungen  
max. Verweildauer von 3 Jahren wird angestrebt
- Gesamtstädtische Steuerung als Schlüssel
- Anregung:  
Steuerungsmöglichkeiten für das Land durch Ankauf Grundstücke  
Prüfen Generalmietermodell

### 2.4. Ressourcen

#### Leitfrage: Welche Ressourcen braucht es, um das Ziel zu erreichen?

## 3. Ordnungsrechtliche Unterbringung

### 3.1. Ziele formulieren (Soll)

#### Leitfrage: Wie sieht unser gemeinsames Bild vom Zielzustand aus?

- ➔ Aufwertung ordnungsrechtliche Unterbringung zu Teil des Hilfesystems / Verzahnung ASOG / SGB
- ➔ *Hinweis auf Darstellung in Leitlinien*

- Mindeststandards definieren  
Überprüfung der Mindeststandards  
Qualitätsmanagement
- Ziele des Projektes GStU
  - o bedarfsgerechte Unterbringung mit Mindeststandards berlinweit
  - o  schnellere Reaktion bei Notsituationen
  - o  zentral aber individuelle Betreuung durch Bezirke

- Qualität und Standards als Weg und nicht Abschaffung des ASOG  
Kooperation mit Bezirk und freien Trägern
  - o **Gesamtstädtische Steuerung der ordnungsrechtlichen Unterbringung**
  - o **Überführung von ordnungsrechtlicher Unterbringung in regulären Wohnraum**
  - o **Qualität und Quantität „ASOG plus“**

### **3.2. Ist / Problemaufriss**

**Leitfragen: Wie stellt sich die Ist-Situation dar? Welche Probleme gibt es?**

**Vor welchen Herausforderungen steht die Berliner Wohnungslosenhilfe**

- Qualitätsproblem bei Unterbringung, Mindestanforderungen sind anzupassen  
ASOG ist nicht Hilfesystem
- deutscher Pass gibt Recht auf Unterbringung – wird nicht in allen Bezirken gleichermaßen umgesetzt
- Hilfe- vs. Regelsystem

### **3.3. Maßnahmen**

**Leitfragen: Wie kann ein Weg dahin aussehen?**

- Alte Leitlinien von 1999: ASOG-Unterkünfte sollen abgeschafft werden!  
Notlage bei Unterbringung muss zwischen kurz-, mittel- und langfristigem Weg unterscheiden
- Gesamtstädtische Steuerung

### **3.4. Ressourcen**

**Leitfrage: Welche Ressourcen braucht es, um das Ziel zu erreichen?**

## **4. Individuelle Hilfen**

### **4.1. Ziele formulieren (Soll)**

**Leitfrage: Wie sieht unser gemeinsames Bild vom Zielzustand aus?**

- Bedarfsgerechte, individuelle Hilfen brauchen niedrigschwellige Zugänge
- Verzahnung mit anderen Hilfen, um passgenaue Hilfen zu erreichen
- individuelle Hilfen, aber berlinweit einheitlich
  - o **individuelle Hilfen durch Trägerwohnungen**
  - o **Orientierung am individuellen Bedarf und Zusammenspiel der Hilfearten**
  - o **berlinweite Standardisierung „Widerspruchsstelle“**

### **4.2. Ist / Problemaufriss**

**Leitfragen: Wie stellt sich die Ist-Situation dar? Welche Probleme gibt es?**

**Vor welchen Herausforderungen steht die Berliner Wohnungslosenhilfe**

- Unterschiedliche Maßstäbe in den Bezirken, z.B. in der Gewährung von Leistungen nach § 67 SGB XII

### **4.3. Maßnahmen**

**Leitfragen: Wie kann ein Weg dahin aussehen?**

- Housing first – auf Erfahrungen zurückgreifen
- Flexibilisierung Hilfen und Reform Leistungstypensystem
- Einrichtung einer Widerspruchsstelle für strittige Fälle außerhalb der bezirklichen Ebene

### **4.4. Ressourcen**

**Leitfrage: Welche Ressourcen braucht es, um das Ziel zu erreichen?**